

daß die Volkspartei auf die Sozialdemokratie in ihrer Politik Rücksicht zu nehmen habe und erklärt in diesem Zusammenhang, daß die Volkspartei nicht an eine Aufhebung der landwirtschaftlichen Zölle denke. Immerhin sei der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre nicht durch den Zolltarif, sondern trotz des Zolltarifs erfolgt. Die Industrie habe schwer Opfer bringen müssen und man müsse hier einen Ausgleich zu schaffen suchen. Darum dürfe ein eventueller Zolltarif nicht eine Absicht des alten sein. Daran anschließend bezeichnet er ebenfalls die hinterlistige Agitation des Bauernbundes bei den letzten Wahlen und die damit verbundene Verharmlosung der Anhänger anderer Parteien, die von dem Abg. Vogt ausdrücklich zugegeben wurde. Hierauf wendet er sich zum Zentrum, dem er vorwirft, daß es zwar im Landtag für die Vorlage objektiv eingetreten sei, daß es aber draußen im Land dieselbe als ein Geschenk an Stuttgart hinstellt, wie er überhaupt dem Zentrum vornimmt, was sich auch bei den vom Zentrum gedruckten Wünschen zur Abänderung des Brandversicherungsgesetzes wieder gezeigt habe. Sehr ironisch äußerte er sich über die Ausführungen des Zentrumsabg. Rembold-Halen und weist dabei vor allem die Behauptung zurück, als habe man im Fall Helling den Bischof zwingen wollen, gegen seinen Willen eine Priesterweihe zu erteilen. Er verteidigte energisch den Abg. Viehsing gegen verschiedene vom Zentrum gegen ihn erhobene Beschuldigungen, durch die er sich mit vollem Recht beleidigt gefühlt habe. Die Feststellung eines Blochs der Rechten von Seiten Viehsings sei absolut berechtigt gewesen, denn der Bauernbund habe für das Zentrum gestimmt wie eine Mutter für ihr Kind. (Heiterkeit und Lachen von Rechts: Wie die Sozialdemokratie für die Volkspartei? Protestierendes Lachen Links.) Der Abg. wendet sich sodann zur Sozialdemokratie, wobei er den von dieser erhobenen Vorwurf, daß die Volkspartei bei den Wahlen unmäßig gegen dieselbe gehebt habe, zurückweist. Auf eine Einwirkung auf die Arbeiterklassen im liberalen Sinne könne die Volkspartei natürlich nicht verzichten. Bei einer Besprechung der gegenwärtigen Steuerverhältnisse gibt er zu, daß dieselben verbesserungsbedürftig sind, ebenso wie der Sporttarif. Als erstens bezeichnet er, daß auch von der Sozialdemokratie eine Vermögensteuer ertagssteuere und keine Vermögenssteuer verlangt wird. Den kleineren Gemeinden könne durch einen größeren Anteil an der Einkommensteuer nicht geholfen werden, sondern nur durch eine größere Abnahme von Lasten, z. B. durch die Abnahme von persönlichen Vollschulden. Hier ist das System der freiwilligen Staatsbeiträge nur ein Notbehelf. Jeder das gegenwärtige Wahlrecht und seine Schäden äußert er sich im Sinne des Abg. Viehsing. Zu den Ausführungen des Amtministers über die Freiheit der Kunst äußert er sich sehr beifällig und schließt sich dessen Meinung über das Kunstgebäude an. Sehr scharf äußert er sich über die Donauversicherung, wo er bei gegenüber der Versicherung der Interessen Büttelbergs durch Baden eine Annullierung des Bundesrats verlangt. Einen Brang auf die Sparkassen werde Ankauf von Staatspapieren kann er nicht billigen. Er berührt hierauf das Submissionswesen, bei dem zweifellos Mängel vorhanden seien, die abgeschafft werden müssen. Für Natur und Heimatschutz tritt er für einen größeren Staatsbeitrag ein. Nach Aufhebung der tierärztlichen Hochschule solle man nach Möglichkeit alle Gefangenen fördern. Ausführlich geht er auf den Justizetat ein. Er konstatiert ein erhebliches Anwachsen der Prozesse, das eine Reihe von Mängeln zu Tage förderte, die mit einer ordnungsmäßigen Rechtspflege nicht mehr vereinbar seien, z. B. die Überlastung der Richter, die Verteilung der Zivilkammern am Landgericht Stuttgart, die zahlreichen unabhängigen Richter etc. Die Wendung, die die Frage des Fortbestandes der Kreisregierungen durch die Erklärung des Ministers von Reichshauer gewonnen hat, sei sehr zu beklagen. Der Staatsminister habe sich hier von dem Programm seines Vorgängers abgewandt. Die Frage der Aufhebung sei nach den Beschlüssen des vorigen Landtags bereits als entschieden betrachtet worden und die Gesetzgebung habe bereits angefangen, sich mit dieser Tatsache vertraut zu machen. Die jetzige Stellung des Ministers sei also ein Erfolg der Rechten, zu der man ihr gratulieren könne. Die Tatsache, daß aus der Staatsvereinfachungsreform ein wichtiger Punkt herausgehoben worden sei, sei ein Vorgang von politischem Interesse, der für die jetzige Zusammenstellung des Landtags kennzeichnend sei. (Bravo Links.)

Ministerpräsident v. Weizsäcker erklärt an, daß Abg. Wenz die Frage der Kreisregierungen in durchaus maßvoller Weise behandelt habe, nimmt aber den Minister v. Reichshauer in Schutz, dem zur Ausarbeitung seiner Pläne Zeit gelassen werden müsse. Der Rücktritt Bischofs hänge jedenfalls mit der Frage der Kreisregierung nicht zusammen. Im übrigen teilt er nach einigen Umschweifen mit, daß die Frage der Aenderung der bisherigen Kreisregierungen als eine sehr wichtige im Fluß befindliche von der Regierung erachtet werde und ein entsprechender Gesetzentwurf dem Hause noch zugehen werde.

Finanzminister v. Geyer äußert seine Befriedigung über den Beifall, den seine Abkündigung der Schuldenentlastung auf allen Seiten gefunden hat. Die Einstellung eines Reservefonds zur Schuldenentlastung habe er jedoch nicht in Aussicht genommen. Die Anlegung, die er den Sparkassen für den Ankauf der Staatspapiere habe geben wollen, und die er auch im Interesse der Sparkassen liegend hält, werde er nach den Verfügungen des Hauses nicht mehr verfolgen. Was den Verzicht des Staates auf gewisse Einnahmen, wie ihn eine Entschädigung des Umgebungs, die Begrenzung etc. mit sich bringen würde, betrifft, so dürfe hier der Wunsch der Reduktion nicht außer Acht gelassen werden. Die Vorschläge des Abg. Viehsing scheinen ihm zur Deutung aber nicht zu genügen. Besonders verspricht er sich von der Einführung eines Antifalschgesetzes sehr wenig. Im übrigen glaubt er, daß der Etat sich von selbst so günstig entwickeln wird, daß der Mehreinkommen, den die Begrenzung voraussetzt, von sich selbst gedeckt werden kann. (Bravo.) Der Forderung einer Hinaussetzung des Erbschaftsminimums steht er sympathisch gegenüber (Bravo Links), doch hält er es für richtig, wenn die Frage nicht für sich, sondern im Zusammenhang mit der Steuerreform behandelt wird. Dabei kommt er auf die Vermögenssteuer und äußert die Befürchtung, daß die Stimmung zur Durchsetzung dieser Steuer im Hause doch nicht günstig genug sei. Die Schrift zur Durchsetzung der Steuerreform werde dem Hause jedoch sobald als möglich zugehen. Die Ausschaltung des Kirchenzolls hält er sowohl im Interesse der Kirche als auch des Staates für außerordentlich wünschenswert. Die Staatsvereinfachung wird auch im Finanzdepartement, besonders der Forstverwaltung, weiter durchgeführt werden. Für sehr wichtig hält er die Gewerbeverträge, in der er eine Milderung der Lasten des Gewerbes für sehr wünschenswert hält.

Vizepräsident Bergler v. Berglas polemisiert zunächst gegen die Linke. Er weist fest, daß kein Mitglied der Deutschen Partei sich für den Vorkauf des 2. Präsidenten angetragen habe, eine vergebliche Anregung in dieser Beziehung sei von der konservativen Partei ausgegangen. Er bespricht hierauf die einzelnen Departements und verteidigt die Aufrechterhaltung der Kreisregierungen und die Fortsetzung der Landwirtschaftskammern.

Schluss der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Zu Seniorentouren

wurde vereinbart, von einer dritten Reihe von Fraktionsreduktionen zum Etat zunächst abzusehen. Es wurde in Aussicht genommen: für Donnerstag die erste Lesung des Eisenbahngesetzentwurfs und die zweite Lesung des Katastersteuerverlängerungsgesetzentwurfs, für Freitag die Anfrage Hansen und Genossen betreffend Weingärtnernotlage, für Samstag die Anfrage Feuerstein und Genossen betreffend Reduktion der Kreisregierungen und die zweite Lesung des achten Finanzgesetzentwurfs betreffend Reduktion der Kreisregierungen, für Sonntag die nächste Woche die erste Lesung des Körperschaftsbeamtenpensionsgesetzentwurfs und des Unfallversicherungsgesetzentwurfs. Am Mittwoch wäre zugleich die Schließung mit der ersten Kammer zur Wahl zweier Mitglieder des Staatsgerichtshofs und des Ständischen Ausschusses.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 21. Januar 1913.

Im Bundesratsrat: Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung.

Abg. Kühle (Zog.) fragt zunächst, weshalb die Ergebnisse der am 15. November 1908 im Deutschen Reich vorgenommenen Erhebung über die Vorkaufschäftigung von Kindern im Haushalt wie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben bisher — mit Ausnahme von Bayern — noch nicht veröffentlicht worden sind, und ob sie alsbald veröffentlicht werden?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Das Material ist aus mehreren größeren Bundesstaaten noch nicht eingegangen. Sobald es vollständig vorliegt, wird eine weitere Bearbeitung notwendig sein. Es läßt sich noch nicht übersehen, wann diese umfangreichen Vorarbeiten abgeschlossen und dem Reichstag weitere Mitteilungen gemacht werden können.

Darauf wurde die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1913 fortgesetzt.

Im Kapitel „Verordnungen für das Reichsamt des Innern“ ist das Verbot für einen weiteren Ministerialdirektor ausgenommen. Reichsminister **Abg. Graf Helldorf (Deutschkons.)** beantragte die Genehmigung des neuen Direktors. Die Kommission schlug zu diesem Titel folgende von ihr einstimmig gefasste Resolution vor: „Der Herr Reichsminister zu eruchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der durch die sogenannte Kolonialisation herbeigeführten künstlichen Verteuerung des Kaffees entgegenzuwirken.“

Abg. Noden (Str.): Diese Resolution ist von meinen politischen Freunden eingebracht worden. Es handelt sich hier um eine enorme Verteuerung eines Volksgetränkes von der uninteressantesten Bedeutung. Andere Staaten sind bereits gegen diese Ausschalten eingetreten, teilweise nicht ohne Erfolg, z. B. Nordamerika. Durch diese Beschlüsse können wir leider diesem Duhem nicht beikommen. Innerhalb zwei Jahren ist der Kaffeepreis in Hamburg auf mehr als das Doppelte gestiegen. Unter diesen Folgen der Kolonialisation hat ganz besonders die arbeitende Bevölkerung, aber auch der gesamte Kaffeehandel schwer zu leiden, so daß man schon vielfach dazu überlegt, Zölle zu erheben. Doch könnte die deutsche Regierung vielleicht bei der Regierung von Sao Paulo einschreiten. Man kann nicht ruhig zusehen, wie der Kaffee von einer internationalen Spekulantengruppe im Preise ins Ungemessene gesteigert wird.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Zu dieser Frage möchte ich mich hier öffentlich nicht äußern. Die Regierungen beklagen die eingetretene Verteuerung des Kaffees. Wir behalten die Angelegenheit im Auge und werden die vorgeschlagenen Gesichtspunkte prüfen.

Abg. Wolfenbühler (Zog.): Es liegt in der Natur der Sache, daß der Kaffee hohen Preissteigerungen unterworfen ist. Das ist doch ebenso notwendig wie Kaffee, und wir hätten Veranlassung, auch gegen diese Preissteigerung mit geeigneten Maßnahmen vorzugehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der vierte Direktor wurde bewilligt und die Resolution angenommen.

In dem allgemeinen Fonds werden für die Förderung der Seefischer 500 000 Mark geordert.

Darauf ist eine Resolution **Hilshod-Bassermann** eingebracht, welche eine Erhöhung des Fonds auf 610 000 Mark verlangt.

Abg. v. Böhndorff-Röpin (Deutschkons.): Die nationale Bedeutung der Seefischer und die Wichtigkeit der Küstenschutzarbeiten ist schon oft hervorgehoben worden. Bei der Debatte über die Fischsteuerung ist auch auf die Wichtigkeit der Fischwahrung hingewiesen worden. Wir können nicht genug von diesem billigen Artikel liefern und wir müssen uns vom Auslande unabhängig machen. Die Fischbevölkerung muß befähigt werden, durch Zubereitung von Konservativen nicht bloß die Beschaffung der Fanggeräte zu erleichtern, sondern auch eine gewisse Einwirkung auf den Konsum zu gewinnen, damit nicht alles dem Großhandel überlassen bleibt. Die internationalen Verhandlungen über Seefischer-Konventionen sollten endlich einmal mit größter Energie gefördert werden.

Abg. Dr. Frey (Zentr.): Wir werden der Resolution voranschreitlich zustimmen. Die Fischerei muß ausgiebiger unterstützt, der Fischkonsum muß gefördert werden. Es muß endlich auch den Fischereierzeugnissen in den Kolonien Rechnung getragen werden.

Abg. Koste (Zog.): Hoffentlich wird das Geschehen nach Erhöhung der Fischzölle jetzt verschwinden. Besonders bedauerlich ist der Preisrückgang.

Abg. Dr. Zerbe (Hortf. Bpt.): Auch die Fischerei an den Küsten unserer Kolonien verdient Förderung.

Abg. Hecker v. Nibhofen (Nat.): Ich hoffe, daß der Reichstag der Parteien in diesem Punkte einhält.

Abg. Wägen (Zog.): Die Fischer haben gewisse Vorteile unter einem Ausnahmestellung. Wegen geringfügiger Überreitungen werden sie von Fischereierzeugnissen befreit. Diese Bestimmungen sind veraltet, eine Verwertung würde genügen.

Abg. v. Böhndorff-Röpin (Deutschkons.): Wir sind schon im Abgeordnetenhaus gegen behördliche Willkür gegen die Fischer mit der größten Entschiedenheit aufgetreten.

Die Resolution **Hilshod-Bassermann** wurde einstimmig angenommen.

Beim Titel „Aushebung Deutscher Seemannsvereine“ im Besonderen bestanden.

Abg. Meyer-Dorf (Nat.): eine Resolution seiner Partei, den Fonds im nächsten Jahre beträchtlich zu erhöhen. (Beifall.)

Abg. Sielowich (Hortf. Bpt.): Das Deutsche Reich kann für die deutschen Seemannsvereine erheblich mehr tun, als bisher. Der schwedische Staat ist in dieser Beziehung vorbildlich. Ich bitte, die Resolution anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gense (Zog.): Die Seemannsvereine werden leider nicht neutral gelassen, sondern werden immer mehr Hilfsmittel des Reicheskapitals zur Bekämpfung der Seemannsordnung. (Hört! Hört! bei den Zog.) An den Seemannsvereinen ist die Unruhe zu Hause. Geben Sie den Seeleuten die Gewährung, daß ihre Interessen bei der Regierung genau so geschützt sind, wie diejenigen der Arbeiter, dann werden wir uns auch für eine Erhöhung dieses Fonds verwenden.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquière: Die Reichsverwaltung schätzt die Bedeutung der Seemannsvereine sehr hoch. Es würde höchlich dem Ansehn erwünscht sein, wenn der Reichstag ihm größere Mittel zur Verfügung stellt. Wenn sich die Reichlichen Organe nicht der Seemannsvereine draußen angenommen hätten, so wäre die Sache der letzteren lange nicht so gefördert worden. Überall, wo es sich um große Ausgaben, Neubauten usw. handelte, haben auch die Seereisen sich mit wesentlichen Beiträgen beteiligt.

Abg. Geyser (Zentr.): Die Staatskasse muß baldigh weiter erhöht werden. Ohne gründliche Vorkaufschäftigung können die Seemannsvereine nicht existieren.

Nach Bemerkungen der Abg. Meyer-Dorf (Nat.), Gense (Nat.) und Sielowich (Hortf. Bpt.) wurde die Resolution der Nationalliberalen angenommen.

Beim Titel „Wahlregeln gegen die Neblauskrankheit“ beantragte die Nationalliberalen die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Beschwerden der Winger über die Ausführung des Neblausgesetzes. Die Sozialdemokraten beantragten eine in gleicher Richtung sich bewegende Resolution.

Abg. Dr. Vosske (Nat.): Die Winger selbst sind mit dem Inhalt des Gesetzes einverstanden. Sie erheben nur Beschwerden über die Ausführung. Man sollte einheitliche Bestimmungen erlassen. Ich bitte das Haus, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Weis (Zog.): Der Kampf gegen die Schäden der Neblaus ist im Laufe der Jahre zu einem Kampf gegen das Neblausgesetz geworden. Darum wollen wir der zu beratenden Kommission auch das Mandat erteilen, Vorschläge über eine Aenderung des Gesetzes zu machen. Um den Anbau der amerikanischen Neben in Deutschland zu erleichtern, ist eine Aenderung des Gesetzes notwendig. Die 20 Millionen zur Bekämpfung der Neblaus haben den Steigpreis der Neben nicht aufgehoben. Wir müssen diesem Ungeheim auf anderem Wege beizukommen suchen. (Beifall bei den Zog.)

Direktor v. Jonquière: Die Beschwerden der Winger sind uns erst vor kurzem zugegangen. Wir haben uns mit dem preussischen Landwirtschaftsminister und der hessischen Regierung in Verbindung gesetzt. Wenn wir von diesen Seiten das Material in Händen haben, werden wir beurteilen können, ob eine Kommission einzusetzen ist. Wir werden fernher prüfen, ob die gesetzlichen Bestimmungen einer Aenderung bedürfen. Sollten wir uns hieron überzeugen, so werden wir eine Sachverständigenkommission einberufen. Die sozialdemokratische Resolution bitte ich abzulehnen. Es ist nicht richtig, daß das Vermeidungsverfahren bei uns völlig nutzlos gemacht hat. Die Entschädigungsfrage ist den Landesregierungen überlassen. (Zustimmung.)

Abg. Baumann (Zentr.): Die Winger behaupten, daß die Bestimmungen über die Bekämpfung der Neblaus schlimmer sind als die Neblaus selbst. Die Regierung sollte ihrerseits nicht bloß an die Bekämpfung der Neblaus denken, sondern auch an neue Pflanzungen.

Die sozialdemokratische Resolution wurde abgelehnt, die nationalliberalen angenommen.

Beitragssatzung: Mittwoch 1 Uhr. Die Beratung wird mit der Abstimmung über die noch ausstehenden Resolutionen und die namentliche Abstimmung über die Resolution der Konservativen betreffend Verbot des Direktpostenslebens beginnen.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Preussentag zum Dreiklassenwahlrecht.

Auf dem Delegiertentag der Fortschrittlichen Volkspartei Preußens referierte Dr. Bachmüller über die Stellung der Volkspartei zur Wahlreform. Er führte aus: Was die Reform bedeutet, ist der Wählerkreis von neuem durch die Aenderungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück über den Geschäftsgang in den Reichs- und preussischen Staatsämtern zum Bewußtsein gebracht worden. Alle Wege zu gesetzgeberischen Reformen führen danach über Preußen. Nur ein anderes Wahlrecht kann eine andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses herbeiführen. So tritt die Reform des Wahlrechts in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. In seiner Stellung zum Wahlrecht erkennen wir den Staatsmann. Wer an dem gegenwärtigen Wahlrecht auf die Dauer festhält, dient der konservativen Sache und will den Liberalismus nicht aufkommen lassen. Eine Mehrheit für das direkte und geheime Wahlrecht ist im preussischen Abgeordnetenhaus vorhanden. Warum wird sie nicht benutzt? Wenn Herr v. Taschitz warten will, bis die Parteien sich geeinigt haben, dann kann noch viel Wasser die Spree herunterfließen. Die Konservativen brauchen danach nur zu erklären, sie seien mit den anderen Parteien noch nicht einig, dann ist die Reform immer von neuem vertagt. Eine Regierung, die ihre Haltung derart von der Willkür einer Partei abhängig macht, verzichtet auf politische Führung; das sind keine leitenden, sondern gesteuerten und leider irreführenden Staatsmänner. Die Fortschrittliche Volkspartei verlangt grundsätzlich die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen; aber sie hat durch Einbringung ihres zunächst nur das direkte und geheime Wahlrecht fordernden Eventualantrages gezeigt, daß sie mit Realitäten rechnet. Wenn dieser Eventualantrag die Mehrheit nicht gefunden hat, so lag dies hauptsächlich am Zentrum, das es mit der Rechten nicht verderben will. Überall sonst schwebt der Gedanke eines freien Wahlrechts von Sieg zu Sieg, im Auslande wie in den deutschen Bundesstaaten. Das Ziel muß auch für Preußen eine gründliche Reform bleiben. Dieser Gedanke wird eine werdende Kraft in der Wahlbewegung setzen. (Stürmischer Beifall.) Der Redner legte folgende Resolution vor, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei fordert die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, weil nur dadurch die Einheitlichkeit der Politik in Preußen und im Reich gesichert, die Gleichberechtigung sämtlicher Erwerbstätiger durchgesetzt und ein allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Fortschritt erzielt wird. Von der Partei im Lande wie ihrer Vertretung im Parlament erwartet der Parteitag, daß sie für dieses Hauptziel der Wahlbewegung, zu dem der Weg durch die Anträge der preussischen Landtagsfraktion bezeichnet ist, auch künftig alle Kräfte einsetzt.“

Über innere Kolonisation

sprach der Abg. Goss. Er wies hin auf die Entkolonisation des deutschen Ostens und besonders der Weiden, wo der Großgrundbesitz dominiert. Als Ersatz für die abgewanderten Arbeiter wird in immer steigendem Maße ausländische Arbeiterschaft verwendet. Fürst Hatzfeldt hat in seiner Herrenhausrede die Zahl der ausländischen Saisonarbeiter auf den Gütern Ostpreußens auf 750 000 geschätzt. Man könne nur entgegengearbeitet werden

den durch Schaffung eines selbständigen deutschen Bauernlandes. Entweder Kolonisation oder Polonisation, eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Unsere Nachbarländer haben Großes aus dem Gebiete der Kolonisation geleistet, besonders Rußland und England. Bei uns ist bis jetzt so gut wie nichts geschehen, außer in den Ansiedlungsgebieten, wo aus nationalen Gründen kolonisiert wird. Die 10 Millionen Mark, die in den preussischen Staat eingezahlt sind, bedeuten der gewaltigen Aufgabe gegenüber nicht viel mehr wie einen Tropfen auf den heißen Stein. Es ist zu Freuen sehr viel versäumt worden. Die Schuld tragen die Konservativen, die im Interesse des Großgrundbesitzes vor 20 Jahren den Plan des Herrn v. Miquel vereitelten, 100 Millionen Mark für Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung zu stellen. Wer ernsthafte innere Kolonisation will, muß auch die Vorbedingungen für sie schaffen. Diese sind Begünstigung der Viehzucht treibenden mittleren und kleineren Landwirte, denn den Großgrundbesitz durch die Gesetzgebung künstlich stärken und dabei erfolgreich im Innern kolonisieren zu wollen ist ein Widerspruch in sich. Der wahren sinnigen Preissteigerung der Güter muß entgegengetreten werden, sonst ist eine innere Kolonisation von vornherein unmöglich. Nur auf der Grundlage der von uns bewirtschafteten Wirtschaftspolitik und einer gesunden liberalen Bauernpolitik kann die innere Kolonisation den erwünschten Fortgang nehmen.

Der Krankentassenstreit in Halle a. Saale

ist durch Urteil des Reichsgerichtes zugunsten der eingetragenen Ärzteschaft endgültig entschieden worden. Der Krankentassenverband hatte 1910 die eingetragene Ärzteschaft von der Kassenpraxis ausgeschlossen und auswärtige Ärzte herbeigezogen. Diese Versorgung der Kassen erklärte die Aufsichtsbehörde nach langem Zuwarten für völlig unzureichend, entzog den Kassen das Selbstverwaltungsrecht und schloß einen Vertrag mit der eingetragenen Ärzteschaft ab. Der Krankentassenverband verzweigte diesem Vertrag die Anerkennung und suchte ihn bei Gericht an, er wurde in allen drei Instanzen abgewiesen; das Reichsgericht erklärte durch Urteil vom 17. Januar 1913 den Vertrag mit Ausnahme eines unwesentlichen Punktes für zu Recht bestehend.

Die finanziellen Folgen für den Kassenverband sind sehr schwerwiegend; er muß nunmehr die von ihm verweigerte Auszahlung des der eingetragenen Ärzteschaft zustehenden Honorars für mehr als Jahre nebst Zinsen nachholen, außerdem die ganzen Praxiskosten aus drei Instanzen tragen; die Gesamtsumme beläuft sich nach vorläufiger Berechnung auf 150000 bis 200000 Mark. Die Angelegenheit verdient, so schreibt der Verband der Ärzte Deutschlands, die besondere Beachtung von Behörden und Öffentlichkeit, „weil sie einmal wieder beweist, in welcher Weise vielfach die Krankentassen mit dem ihnen anvertrauten Gelde wirtschaften, wenn es gilt, die Forderungen der handtastenden Ärzteschaft zu belämpfen“.

Staatssekretär a. D. v. Holtmann f.

Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Holtmann ist 71 Jahre alt, in Berlin geboren. Er stand dem Kaiser persönlich nahe, war häufig in seiner Umgebung und begleitete ihn fast stets auf den Nordlandreisen. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der A. F. O. hatte er persönliche Beziehungen zu leitenden Männern der Industrie und der Bankwelt, und mancher von diesen, deren Namen in Verbindung mit dem Kaiser oft genannt werden, verdankt dem Verstorbenen die persönliche Beziehung zum Kaiser.

Zur Aussperrung in der Holzindustrie.

Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Holzindustrie gescheitert sind, hat der Arbeitgeberverband für den 18. Februar die Aussperrung verfügt. Die Mitglieder haben sich in der Vergebung neuer Morde zu einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter zum 16. Februar entlassen werden können. Mit dem gleichen Tag tritt auch der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 3. Januar in Kraft, nach dem kein Verbandsmitglied Aufträge aus den gesperrten Städten annehmen darf. Unter gar keinen Umständen dürfen während der Aussperrung fremde Arbeiter eingestellt werden.

Mannheim, 21. Jan.

Der Ehrenbürger der Stadt Mannheim, Geh. Kommerzienrat Dr. Karl Reiff, hat seine und seiner Schwägerin testamentarische Bestimmungen, nach denen das von ihnen hinterlassene Barvermögen der Stadtgemeinde zum Bau eines Museumsgebäudes auf dem Friedrichsplatz nach den von Professor Schmitz (Berlin) ausgearbeiteten Plänen vermacht wird, nach einem Schreiben an den Stadtrat dahin abgeändert, daß das Reichsische Museum auf dem Friedrichsplatz mit einem Kostenaufwand von 2 1/2 Millionen Mark im wesentlichen als Sammlungsgebäude erbaut wird. Der Rest des Vermögens wird zur Errichtung eines Volkshauses auf dem Goetheplatz bestimmt, das den Namen Reichshaus führen wird.

Berlin, 21. Jan.

Nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern, die, wie aus Danzig gemeldet wird, soeben den Behörden der östlichen Grenzprovinzen zugegangen ist, sollen russische Ballons, die über die deutsche Grenze kommen, stets zum Landen gebracht werden, falls sie nach Ueberfliegen der Grenze nicht eine sofortige Landung vornehmen. Es handelt sich hierbei um eine Abwehrmaßregel gegen die Russen, die die von Deutschland über die russische Grenze fliegenden Ballons sofort beschleien und zur Landung zwingen.

Berlin, 20. Jan.

Die Verkehrsereignisse der deutschen Eisenbahnen betragen im Dezember aus dem Personenverkehr 78 071 309 (plus 5 988 531 gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr), aus dem Güterverkehr 164 884 793 (plus 11 457 401 Mark).

Berlin, 22. Jan.

Der Allgemeine Mietverlehrsverein, der vor 3 Jahren zu dem Zwecke gegründet wurde, die Hausbesitzer gegen Mietzinserhöhung zu verteidigen, hat das letzte Geschäftsjahr mit einem Defizit von 853000 Mark abgeschlossen.

Berlin, 21. Jan.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die von der Braunschweigischen Landes-

zeitung über eine beabsichtigte Marinevorlage gemachten Angaben sind falsch, da für die Marine lediglich eine Nachtragsergänzung für Luftzwecke in Frage kommt.

Berlin, 21. Jan.

Dem Reichstag ist folgender Antrag zugegangen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald eine Kommission aus Weinbau- und Reblausforschungsverständigen, besonders aus den mit Reblaus verfeindeten Gebieten einzuberufen, welche die Beschwerden der Winzer über die Bestimmungen des Reblausgesetzes und ihre Ausführung zu sammeln und geeignete Vorschläge zur Abänderung des Gesetzes zu machen hat.

Leipzig, 22. Januar.

Der hiesige Dresdener Bahnhof wird am 1. Februar dieses Jahres geschlossen und der gesamte sächsische Bahnverkehr dem neuen Hauptbahnhof übergeben.

Dresden, 20. Jan.

Der Rat der Stadt Dresden hat beschloffen, aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers, jährlich 30000 Mark als Ehrenrente an Retireten zu zahlen.

Tettnold, 21. Jan.

Bei den Wahlen zum lippe-sächsischen Landtag wurden heute in der zweiten Klasse 2 Liberale, 1 Freikonserwativer und 4 Konservative gewählt. Bisher war die Abteilung durch 2 Liberale und 5 Konserwativer vertreten. Dr. Neumann-Hofer, Mitglied des Reichstags (lib.), ist nicht wiedergewählt worden.

Ausland.

Das Ministerium Briand

ist fertig. Herr Briand hat dem Präsidenten der Republik folgende Liste seiner Mitarbeiter unterbreitet: Vorsitz und Inneres Briand, Justiz Barthou, Meisterser Jean, Krieg Etienne, Marine Pierre Baudin, Unterricht Siegel, Finanzen Mios, öffentliche Arbeiten Jean Dupuy, Handel und Industrie Guislian, Kolonien Jean Morel, Arbeit Rene Besnard, Aderbau Fernand Lavie.

Paris, 22. Jan.

In Sofia und Belgrad ist das Gerücht verbreitet, daß unter der Garnison von Adrianopol die Pest ausgebrochen sei. Es heißt, daß die Seuche durch die asiatischen Truppen in Adrianopol eingeschleppt worden ist.

Lissabon, 21. Jan.

Infolge der Entlassung eines Mannes der Belagung ist der Dampfmaschinenverkehr der Portugiesischen Ostafrikalinie seit 10 Tagen unterbrochen. Der Streit hat alle Kategorien der Besatzungen der Dampfer und alle Vereinigungen der Besatzungen der Dampfer ergriffen. Nur die Offiziere haben sich ihm nicht angeschlossen.

Moskau, 22. Jan.

In einem Dorfe im Gouvernement Kengorod sind zwei Kinder ermordet und verheimlicht aufgefunden worden. Der Zweck des Mordes war, aus Kinderfett Herzen zu machen, die nach der Meinung russischer Diebstreife den Dieb vor der Verfolgung sichern.

Christiania, 21. Jan.

Die norwegische Station für drahtlose Telegraphie auf Spitzbergen hatte gestern zum ersten Male eine Verbindung mit der deutschen Station Ebbetshagen, nahe der Großbay. Dem „Morgenbladet“ zufolge hatte man dort nichts von der verunglückten deutschen Expedition bemerkt. Auf der norwegischen Station glaubt man, daß die Hilfsexpedition gestern morgen von der Abreise abgegangen ist, da das Wetter gut war.

Newlondon, Ohio, 21. Jan.

Im Geschäftsviertel wütet ein Großfeuer, das nach sechsständigem Kampfe noch immer nicht bewältigt ist, sondern die ganze Stadt zu zerstören droht.

Württemberg.

Zur Bekämpfung der Konsumvereine.

Der Bund für Handel und Gewerbe und die württ. Rabattspartvereine haben vor einiger Zeit an das Finanzministerium die Eingabe gerichtet, den von den Konsumvereinen ihren Mitgliedern gewährten sumpfmäßigen Rabatt, der nach verwaltungswirtschaftlicher Entscheidung steuerfrei ist, ebenfalls der Einkommensteuer zu unterwerfen. Gegen diese Kundgebung hat die am Sonntag in Stuttgart zusammengetretene Landeskonferenz der Konsumvereine nach einem Referat des Sekretärs Feuerlein eine Resolution angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, die Regierung werde im Interesse der steuerlichen Gerechtigkeit die obged. schwer belasteten Konsumvereine, deren minderbemittelte Mitglieder unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse (Fleischsteuerung usw.) schwer um ihre Existenz zu ringen haben, von einer weiteren steuerlichen Belastung, die als eine Ausnahmesteuer wirken würde, ebenso verschonen, wie die übrigen Genossenschaftsvereine und die Rabattvereine.

Stuttgart, 22. Jan.

Gemeinderat Dr. Dollinger berichtete in einer Sitzung der Gewerbe- und Baukommission über die geplanten neuen Friedhöfeanlagen Groß-Stuttgarts. Die Kommission beschloß hierauf den bürgerlichen Kollegien folgende Vorschläge zur Annahme zu empfehlen: Es sollen zwei neue Friedhöfe angelegt werden und zwar ein Waldfriedhof im Biergartenbau bei Södingen, Fertigstellung im Jahre 1913-14, und ein Hauptfriedhof auf Steinhalbenfeld bei Cannstatt.

Mergentheim, 21. Jan.

Am 18. Mai wird nach einem gestern auf einer Vertreterversammlung hier gefaßten Beschluß der Verbandstag des württ. Fleischerverbandes hier abgehalten werden.

Dibersah, 21. Jan.

In einer Sitzung der bürgerl. Kollegien wurde der Gehalt des zukünftigen Stadtschultheißen auf 6000 Mark festgesetzt, von zwei auf zwei Jahre je um 500 Mark steigend bis zu 7000 Mark. Bedingung soll werden, daß der neue Stadtschultheiße weder ein Landtags- noch ein Reichstagsmitglied annehmen darf. Es ist gleichbedeutend, ob die Wahlung der Bewerber akademisch oder nicht akademisch ist. Die Wahl soll am 8. März d. J. stattfinden. Ausschrieben wird die Stelle im Staatsanzeiger und Anzeiger vom Oberland.

Schramberg, 21. Jan.

Der Graf v. Forstwart Hildebrand von hier und seine Frau Josepha feierten gestern das seitene Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar, der am 1. Januar sein 50jähriges Dienstjubiläum begehen konnte,

wurde vom König, vom Bischof und von der gräflichen Familie reich beschenkt.

Schramberg, 21. Jan.

Die entsetzliche Explosionskatastrophe im Walde bei Wolbach hat zwei weitere Opfer gefordert. Die schwerverletzten Arbeiter Böschel und Schöck sind ihren Verletzungen erlegen.

Nah und Fern.

Ein Müttermord.

Eine entsetzliche Kunde ruft in Scherzbergen eine starke Erregung der Bevölkerung hervor. Im nahen Weidach hat Dienstag früh 7 Uhr der 36jährige verheiratete Bauer Bohl, der im Hause seiner Mutter die Landwirtschaft betrieb, seiner kranken Mutter den Hals abgeschnitten. Der Täter war bisher als sehr solider Mann bekannt. Religiöser Wahnsinn soll die Triebfeder bei der schauerlichen Tat gewesen sein.

Ueber den Mord wird weiter berichtet: Der Mörder ist der 36 Jahre alte verheiratete Bauer Johann Georg Bohl. Sein Opfer ist 62 Jahre alt. Die grausige Tat geschah Dienstag früh gegen 8 Uhr durch einen furchtbaren Schnitt über den Hals. Bohl hat eine solide Frau, mit der er gut lebt. Der Ehe entstammen zwei Kinder. Bohl wurde vom Landjäger verhaftet. Mutter und Sohn lebten stets in bestem Einvernehmen. Seit einigen Tagen wurden bei Bohl Spuren geistiger Unmündigkeit beobachtet. In letzter Woche besuchte er die 3. St. in Möhringen stattfindenden Evangelisationsvortrüge und zeigte seit dieser Zeit eine gewisse Geistesstörung.

Brand- und Unglücksfälle.

In Gmünd ereignete sich im Waldteil „Netter“ ein schwerer Unfall. Beim Herauspringen von Baumstämmen mit dem Sprengmaterial Komberg wurde der 37 Jahre alte verheiratete Gärtnergehilfe Welz getötet. Soweit festgestellt ist, soll eine Patronen nicht losgegangen sein. Als der Verunglückte nach der Ursache sehen wollte, ging der Schuß los. Welz wurde wenige Meter zurück auf eine Holzbeige geworfen und ihm ein handgroßes Loch in die linke Brustseite gerissen.

22000 Mark Belohnung für die Ergreifung Sternidels.

Ein interessantes Kapitel ist die Frage der Verteilung der auf die Ergreifung des Mörders Sternidel ausgelegten Belohnungen, die eine bedeutende Höhe erreicht haben. Soweit schon früher bekannt war, daß Sternidel als Täter von verübten Verbrechen in Frage kommt, sind auf seinen Kopf 10000 Mark Belohnung ausgesetzt. Dazu kommen noch die Summen, die zur Aufklärung jener Verbrechen ausgesetzt sind, von denen die Täterschaft Sternidels bisher nicht bekannt war, wie des Diebentodes eines Berliner Kaufmannes, des Doppelmordes an dem Ehepaar im Berliner Bos und eines achtfachen Raubmordes mit nachfolgender Brandstiftung an der deutsch-russischen Grenze. Im ganzen sind auf alle diese Verbrechen etwa 22000 Mark Belohnung ausgesetzt. Bei der Verteilung dürfen von Privatpersonen neben einigen Landbesitzern in erster Linie die Bäckerfrau in Frage kommen, bei der Sternidel nach dem Detwiger Morde erschien, um Brot zu kaufen und der er sagte, daß er fälschlich wegen Mordes verfolgt werde, worauf die Frau die Behörden aufmerksam machte und dadurch die Verhaftung des Mörders ermöglichte.

Wahnsinnstragödie in einer Kaserne.

In Koblenz in der Herzogovina hat sich in der Kaserne des 18. Inf.-Regiments eine durch Wahnsinn hervorgerufene Schredenszene abgespielt. Dort hat ein Korporal in einem Anfall von Verfolgungswahn drei Soldaten erschossen und drei andere schwer verwundet. Eine Patronen wurde zur Hilfe herbeigerufen, und auch von dieser tötete der Wahnsinnige einen Mann und verwundete einen anderen. Dann steckte der Korporal die Kaserne in Brand, die zum Teil durch Feuer zerstört wurde. Unter den Trümmern des niedergebrannten Gebäudes wurde der Korporal am Montag zwei Tage nach den beschriebenen Schredensaustritten erschossen aufgefunden. Ob er Selbstmord verübte oder von Soldaten erschossen wurde, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Der Held von Courrières gestorben.

Der Held von Courrières, der ehemalige Steiger Bravoff, ist in Lens gestorben. Bravoff hatte nach der furchtbaren Katastrophe, die hundertern von Vergleuten das Leben kostete, seine Belegschaft in tiefere Schächte geführt, wo sie 17 Tage aushielt, und trotz ihrer Entkräftung sich unter seiner Führung einen Ausweg bahnte, der die bereits für tot gehaltenen wieder dem Tageslicht zurückgab. Bravoff erhielt für diese Heldentat das Kreuz der Ehrenlegion. Er hat darauf dem Bergmannsbund entsagt und genöth als Kaffeehausbesitzer in Mericourt das Vertrauen und Ansehen seiner ehemaligen Kameraden.

Spiel und Sport und Luftschiffahrt.

Vom „Erfag 3. 1.“

Das von Friedrichshafen nach Baden-Doz geflogene Militärluftschiff „Erfag 3. 1.“ hat ein Fassungsvermögen von 20000 Kubikmeter, eine Länge von 140 und einen Durchmesser von 15 Meter. Ritten durch den Luftschiffkörper führt ein Schacht zur Oberseite, da auf einer Plattform ein Maschinenenge wech angebracht werden soll. Besonderer Wert wurde auf Ausdauer der drahtlosen Telegraphie gelegt. Man glaubt schon jetzt, daß das Luftschiff in jeder Hinsicht nicht nur der „Victoria Luise“, sondern auch dem Reichsmarineluftschiff überlegen ist. Es hat bei seiner Fahrt nach Doz, die mehrere Stunden durch eine Höhe von über 2000 Meter führte, einen Höhenrekord für Luftkreuzer aufgestellt.

Helgoland als Luftschiffstation.

Nachdem es gelungen ist, das früher als wertlos betrachtete Helgoland als einen wichtigen Flottenstützpunkt auszubauen und es modern zu armieren, soll es nunmehr auch einen großen Luftschiffhafen für Zeppelinluftschiffe erhalten. Mit dem Bau einer großen Luftschiffhalle soll im Frühjahr begonnen werden, sodas damit gerechnet werden kann, daß schon im Spätherbst einer der bestellten Zeppelinluftschiffe Helgoland als Station erhalten wird. Die Halle kommt, einer Vattermedung zufolge, gewissermaßen unterirdisch zu liegen, weil sie in eine natürliche Senkung im Oberlande der Insel, der sogen. Sandkuhl, derart eingebaut wird, daß ihr Dach mit dem Inselplateau abschneidet, man sie also aus der Ferne kaum sehen kann.

Berlin, 20. Jan.

Die Berliner Ortsgruppe „Jung-Deutschland“ wird in der nächsten Zeit ihre Mitglieder auch im Feldankitätswesen ausbilden. Der Unterricht, der in bestimmte Kurse gegliedert wird, soll von Mitgliedern des „Kriegskreuzes“ erteilt werden.



Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Jungdeutschland. Gemeinsam mit der Pfadfinderabteilung des Junglingsvereins rückte am letzten Sonntag die Ortsgruppe Jungdeutschland aus, um im Freien abzuholen. Im ganzen waren es etwa 75 junge Leute. In Söterbach wurden Kochplätze angelegt, worauf ein Vertreter der bekannten Maggi-Gesellschaft eine Probe ihrer ausgezeichneten Suppenwürfel aufstufte. Unter den Klängen der Trommeln und Pfeifen rückte die muntere Schar abends wieder ein.

Pforzheim, 21. Jan. Hier verfolgt man mit Aufmerksamkeit die Bahnbestrebungen im württ. südöstlichen Hinterland von Pforzheim. Man ist von der schon jutage getreuen Absicht, die Einmündung auf württ. Gebiet bei Rühlacker oder Enzberg zu legen, nicht erfreut. Vielmehr krebt man mit Kraft die Führung durch das Württal und die Einmündung in Pforzheim bzw. Brödingen an. Diese Lösung wäre insofern die großzügigere, als sie nicht nur das württ. Hinterland mit einem großen Industriezentrum verbände, zur gegenseitigen Befruchtung, sondern daß auch eine wichtige neue Durchgangslinie: Karlsruhe-Rheinhafen-Pforzheim-Weilberstadt-Neutlingen käme. Letzten Sonntag fand auf dem hies. Rathaus eine Beratung von Vertretern von Pforzheim, Weilberstadt, Neutlingen usw. statt, in der man diesen Plan der Bahnführung durchs Württal besprach, der auch im Interesse der württ. Industrie liegt. Man wird nochmals an die württ. Regierung herantreten und ihr auch nahelegen, bei den jetzigen großen Bauten des württ. Bahnhofs in Brödingen schon auf eventuelle Einmündung einer Württalbahn Rücksicht zu nehmen.

Vier Augen. Daß vier Augen mehr als zwei sehen, beobachten und erkennen, ist eigentlich so klar, daß es einer Begründung oder Beleuchtung entbehren zu können glaubt. Wie oft kann man aber im täglichen Leben die Wahrnehmung machen, daß man sich über diesen Fundamentalgrundsatz geschäftlicher oder wirtschaftlicher Umsicht hinwegsetzt; daß sogar Leute, die sonst etwas für das Prinzip übrig haben, daß vier Augen . . . eben mehr sehen als zwei, — daß sogar diese kurzerhand über wichtige Dinge entscheiden, ohne sich mit einer Vertrauensperson zu besprechen

Aber man kann die Beobachtung machen, daß es gerade die erfahrensten Menschen sind, die es vorziehen, eine andere Meinung zu hören, ehe sie sich entscheiden, — sie haben ja gerade die Erfahrung gemacht, wie trügerisch oft das eigene Urteil ist. Jüngere Personen, denen die Erfahrungen der Selbsttäuschung noch nicht so zur Hand liegen, setzen sich dagegen meist leichtens darüber hinweg, daß es schwierig ist, in vielen Dingen die richtige Entscheidung zu treffen; deshalb so schwierig, weil aus einer Sache notwendig eine andere sich ergibt und ein Keil den anderen treibt. Zu vielen Entscheidungen geschäftlicher und auch häuslicher Art gehört nicht nur viel eigene Ueberlegung, sondern neben das Kommando gehört auch eine Art von beratendem Generallstab. Alle Seiten irgend einer Sache von größerer Wichtigkeit zu erkennen, dazu reicht es selten bei einem Menschen, so sehr derselbe sonst auch begabt wäre. Darum ist es ein guter Rat, daran zu denken, daß vier Augen mehr sehen als zwei.

Zum Kampf gegen die Sklaverei Deutscher in der Fremdenlegion. Nach dem Fehlschlage der deutschen Marokkopolitik haben sich viele gute Deutsche damit getrübt, daß die Durchführung des französischen Protektorats in Marokko der französischen Republik auf Jahre hinaus militärische Anstrengungen und Blutsopfer auferlegen werde, die sie zu einer friedlichen Politik nach Osten hin zwingen würden. Diese Optimisten haben dabei übersehen, daß Frankreich die Blutsopfer seiner kolonialen Kriege zu einem beträchtlichen Teile fremden Volkskörpern und zumal gerade dem deutschen entzieht. Die Fremdenlegion, die bei allen afrikanischen Kämpfen für Frankreich im Vordertreffen steht, die überall da herausgestellt wird, wo man benötigt ist, den Erfolg durch rücksichtsloses Einsetzen von Blut und Leben durchzubrühen, enthält über 50 Prozent Deutsche! Das deutsche Volk hat seit 1870 durch die Legion mehr Deutsche eingebüßt, als auf den Schlachtfeldern des großen Krieges geblieben sind! Diesen Tatsachen gegenüber ist es unbegreiflich, daß nicht seitens des deutschen Volkes und seiner verantwortlichen Stellen mit äußerster Energie versucht wird, diesem Zustande ein Ende zu machen. Man glaube doch nicht, daß es sich

hierbei um einen wertlosen Abhub des deutschen Volkes handle, der die Sklavenketten der Legion trägt. Die franz. Werber, deren Frankreich allein 1500 (!) unterhält, sorgen schon dafür, daß die jugendliche Unerfahrenheit, die Wander- und Abenteuerlust schlecht beratener deutscher Jugend zur Verfälschung guten und gesunden deutschen Blutes benutzt werden. Die Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland empfehlen zur Bekämpfung des Schadens eine gründliche Aufklärung über die wirklichen Zustände in der Legion, besonders auch durch Veröffentlichung von Lichtbildern sowohl in der obersten Klasse der öffentlichen Knabenschulen wie beim Pflichtfortbildungunterricht und in den Instruktionstunden der Armee.

Letzte Nachrichten.

Konstantinopel, 21. Januar, abends 10 Uhr. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß die Regierung endgültig beschlossen hat, Frieden zu schließen. Der Sultan ist für den Friedensschluß. Die Antwortnote der Pforte wird morgen abend übergeben werden. Im Ministerium des Aeußeren wird offen zugegeben, daß die Regierung zu einer bedingungslosen Uebergabe Adrianopels entschlossen ist.

Konstantinopel, 22. Januar. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Pforte, um die Mächte zufriedenzustellen, bereits heute abend die Antwort auf die Kollektivnote überreichen läßt. Die Mächte sind übereinstimmend der Ansicht, daß der heutige Nationalrat die Auffassung des Großwesirs billigen und die Antwort der Pforte zustimmend gehalten sein wird. Das griechische Blatt „Neologos“ will wissen, der russische Votschaster habe am Montag eine schriftliche Note überreicht, die einem Ultimatum gleichkomme, nachdem er bereits einige Tage vorher gemeinsam mit dem französischen Votschaster die Pforte zu rascher Beschlußfassung gedrängt hatte. Die Pforte habe ihre Votschaster in Berlin und Wien beauftragt, die Stellung Deutschlands und Oesterreichs zu den russischen Drohungen zu ergründen. Deutschland und Oesterreich hätten erwidert, auch sie rieten zu Beschleunigung.

Druck und Verlag der Bernh. Posmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: A. Reinhardt, Badelst.



Kübler's gestrickte reinwollene Damen- u. Mädchen Reformbeinkleider
Samaschen in großer Auswahl
„Zweifels“ Wars-Gamasche beste Wickel-Gamasche
Wars-Band Sweater, gestrickte Jacken, Herren- und Damentwesten
 bei **Geschwister Horkheimer.**

Bad-Anstalt Jungborn
 Telefon 109. Telefon 109.
 empfiehlt seine Dampf-, Wannen- und med. Bäder, Massagen, Packungen usw. der Einwohnerschaft von hier und Umgebung.
 Den Krankenkassenmitgliedern besonders empfohlen.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Carl Schmid.
 Vorherige Anmeldungen erbeten.

Halbleinen, Rein-Leinen Gebildwaren
 alle Breiten alle Preislagen
 nur beste Fabrikate

biete trotz dem hohen Stand der Leinengarne zu diesjährigen Preisen weiter an, da ich mich durch große Abschlässe rechtzeitig gedeckt habe.
 Das Einweben von Namen geschieht bei einer Abnahme von 10 Duzend kostenlos für

Servietten, Handtücher, Tischtücher
 Fertige Bettwäsche und Anfertigung von Bettwäsche in jeder Preislage mit Applikationen, Hohlbaum, Festsou, Durchbrüchen und Klappereinsätzen in eleganter labelloser Ausführung.
Uebernahme kompletter Ausstattungen.
Ph. Bosch, Wildbad.

Prima frisch gewässerten Stockfisch
 empfiehlt **Ruhn, Hauptstr. 109.**

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.
 Versicherungsbestand:
1 Milliarde 100 Mil. Mt.
 Bisher gewährte Dividenden:
286 Millionen Mark.
 Unverfallbarkeit, Anwartschaftbarkeit, Welpolice.
 Prospekte und Auskunft kostenfrei durch den Vertreter der Bank:
Herrn Fritz Rath, Bankkontrollleur, Wildbad.
Kriegsversicherung Wehrpflichtiger kostenlos eingeschlossen bei sofortiger Auszahlung der vollen Versicherungssumme.

700 000 Germanen
 Das ist der Erfolg von wenigen Jahren und ein Zeichen der hervorragenden Leistungen dieser Danerbrandöfen; für jede Kohle geeignet. Garantiert sicherer Dauerbrand als auch für zeitweise Heizung.
 In jeder Preislage vom einfachsten Blechmantelofen bis zu den vornehmsten Majolika-Öfen nach Künzler-Entwürfen in vielen Ausstattungen lieferbar. Fachmännischer Rat, sachgemäße Aufstellung.
 Man fordere Original-Verkaufsliste 1911 durch **Karl Güttholz, Wildbad.**

Flaschenbier
 aus der Brauerei Ketterer, Pforzheim
 hell und dunkel
 in ganzen und halben Flaschen empfiehlt
Chr Weimert, Rathausgasse.

Geschwister FREUND
 Hauptstrasse 104 u. in den Kgl. Anlagen empfohlen:
HANDARBEITEN.
 Kurz-, Weiss-, Woll- und Modewaren
 Herren-, Damen- und Kinderwäsche
 Korsetten Blousen Kravatten Gürtel
 Handschuhe Sportmützen.
 Stets Eingang von Neuheiten.
 Billigste Preise.

Jetzt ist die Zeit!
 Geben Sie Ihren Kindern Lebertran u. Lebertran-Emulsion. — Lebertran aus der Drogerie **Hans Grudner** wird wegen seines angenehmen, milden Geschmacks gerne genommen.

Schöne 2 Zimmer-Wohnung
 samt Zubehör auf 1. April gesucht.
 5) Zu erst. in der Exp.

Eine Wohnung
 bestehend aus 1 oder 2 Zimmern mit Küche bis 1. April zu vermieten.
 6) Zu erst. in der Exp.

Eine schöne Wohnung
 bestehend aus 1 Zimmer, Küche, Wohnraum u. Kelleranteil ist zum 1. April zu verm.
Hotel Kühler Brunnen.

Freibank.
 Von Samstag früh 8 Uhr ab ist fettes **Rohfleisch** zu haben, das Pfd. 60 Pfg.

Ziegenzüchter-Verein
Wildbad.
 Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr **Bersammlung** im Gasthaus zum „grünen Hof.“
 Um vollständiges Erscheinen bittet
der Vorstand.

In der gegenwärtigen Zeit empfehle als ganz besonders geeignet **wasserdichte Loden-Plaserinen** für Damen in größter Auswahl.
 Preislagen: **Mt. 12,50, 15, 19 etc.**
Helene Schanz, Damen u. Kinderkonfektion Königsplatzstraße.

Wildbad. Zwangs-Versteigerung
 Morgen Freitag, den 24. d. Mt., nachmittags 3 Uhr wird im Pfanblolal eine **guterhaltene Nähmaschine** im Wege der Zwangsvollstreckung öffentlich gegen Versteigerung versteigert, wozu Kaufliebhaber einladet.
Ger. Vollzieher: Bott.

Sichtmes finden Sie reiche Auswahl in **Wachsstöcke.**
Ruhn, Hauptstr.



Pferde
 bewahren auch im Winter auf glatter Bahn ihre volle Leistungsfähigkeit durch **Leinhardt's Original-H-Stollen** mit der Marke H
 Original-H-Stollen sind einwandfrei und im Gebrauch die Besten.

Deutsche Cognac-Compagnie
 empfehlen ihren Deutschen **Medicinal-Cognac** garantiert reiner Weinbrand p. F. L. M. S. S.
ATBC - RUM Cognac-Verschnitt
 von Mk. 2.- bis Mk. 6.- per Fl.
Doctor W. Nackers Boonekamp unterb. zu Mk. 2.50 per Fl.
 Verkaufsstelle für Wildbad: **Christian Brachhold.**
Treppenleitern
Hollschuhwände
Büchetrockner
 kaufen Sie gut und preiswert bei **Robert Freiber.**
Panier-Mehl empfiehlt **Bäder Bechtle.**